

Die nationalsozialistische „Machtergreifung“ -

Zur Geschichte und Aktualität des 30. Januar 1933

von Ulrich Herbert

Vortrag DGB-Gewerkschaftshaus, München, 30. Januar 2013

1.

Der 30. Januar 1933 beschreibt den Auftakt zu einer der furchtbarsten Katastrophen der Menschheitsgeschichte, aber auch der deutschen Geschichte. Das Datum steht seither als Symbol für die Zerstörung einer Demokratie und die Errichtung einer blutigen Gewaltherrschaft – ein Gedenktag eigener Art, dessen aktuell-politische Bedeutung unabweisbar scheint und dessen historische Interpretation gerade deswegen so umkämpft war. Deshalb wirft auch die Art und Weise, wie an diesen Jahrestag in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten umgegangen worden ist, ein Licht auf das sich wandelnde Verhältnis der Deutschen zur ihrer jüngsten Geschichte.

In den 1950er und 1960er Jahren wurde der 30. Januar als Erinnerungstag nur von wenigen wahrgenommen, und wenn dann als Tag, „in dem das Dunkel über Deutschland kam“ oder „indem sich der Ungeist unseres Landes bemächtigte“ – die Nationalsozialisten als auswärtige, fremde Gestalten, und Deutschland als erstes von ihnen besetztes Land. Auf der Linken hingegen - bei Sozialdemokraten, Gewerkschaftern und Kommunisten, wenngleich in je nuancierter Weise – stand der 30. Januar vor allem für die Kooperation zwischen Nazis und Unternehmern. Wenn Hitler vor allem deswegen an die Macht gekommen war, weil die Großindustrie ihn dabei unterstützt hatte, wurde dadurch die beherrschende Position der westdeutschen Großunternehmen in der Gegenwart delegitimiert – so der Tenor der meisten historisch-politischen Beiträge aus der Linken zum 40. Jahrestag 1973 und zum 45. im Jahre 1978. Entsprechend umstritten war diese Interpretation des 30. Januar, und es gab zahlreiche historische Arbeiten, die das Datum vor allem unter diesem Aspekt untersuchten.

Im Jahre 1983, zum 50. Jahrestag des nationalsozialistischen Machantritts, hatte sich die öffentliche Wahrnehmung zu verändern begonnen. Die Rolle der Industrie bei der NS-Machtergreifung stand nicht mehr so deutlich im Vordergrund; und die Aufmerksamkeit richtete sich stärker auf das Verhalten der deutschen Bevölkerung und die Art und Weise des Umgangs mit den NS-Vergangenheit in den Jahrzehnten nach 1945. Der bekannte Philosoph Hermann Lübbe beschrieb bei einer großen Konferenz im Westberliner Reichstag das dröhnende Schweigen der Deutschen in den fünfziger Jahren über die NS-Zeit als jene „gewisse Stille“, die als „sozialpsychologisch und politisch nötiges Medium der Verwandlung unserer Nachkriegsbevölkerung in die Bürgerschaft der Bundesrepublik Deutsch-

land“, fungierte.¹ Die These war heftig umstritten, aber sie beschrieb doch einen zutreffenden Tatbestand. Zum einen, dass es langer Zeitphasen bedurfte, um die deutschen Bevölkerung aus dem Banne der NS-Volksgemeinschaft zu lösen. Zum anderen aber auch, dass in der Bundesrepublik ein Prozess des Umdenkens einsetzte, durch den aus der Bundesrepublik im Verlaufe der fünfziger bis siebziger Jahre eine demokratisch gefestigte Gesellschaft werden konnte. Hier wurde aber auch ein Funktionswandel der Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur erkennbar.

Zehn Jahre später, im Jahre 1993, hatte sich die Lage erneut verändert. Die politische Entwicklung im wiedervereinigten Deutschland nach 1990, insbesondere die massiven Ausschreitungen gegen Ausländer und das Anwachsen rechtsextremistischer Gruppierungen vor allem in Ostdeutschland provozierte im Lande selbst und mehr noch bei unseren Nachbarn irritierte Fragen nach der Gegenwärtigkeit der deutschen Vergangenheit. Denn diese schien durch die ausländerfeindlichen Pogrome und Anschläge, denen zwischen 1990 und 1998 etwa einhundert Menschen zum Opfer fielen, plötzlich nicht mehr so vergangen wie noch ein Jahrzehnt zuvor. Die Reaktionen in den USA, in Israel oder in Polen auf die Ereignisse von Rostock und Hoyerswerda, von Hünxe und Mölln schienen jene Befürchtungen zu bestätigen, die in den Jahren bis 1989 zwar geringer geworden, aber wohl nie ganz verschwunden waren.

Dieses Misstrauen resultierte paradoxerweise aber auch gerade daraus, dass eine solche Diktatur wie die nationalsozialistische ausgerechnet in Deutschland etabliert werden konnte - jenem Land, dessen wirtschaftliche Dynamik und Modernität seit dem Ende des 19. Jahrhunderts so viel Bewunderung ausgelöst hatte, dessen Sozialsystem als weltweit vorbildlich angesehen wurde, dessen kulturelles und wissenschaftliches Leben in den zwanziger Jahren blühte, dessen innere Verfassung nach dem Ersten Weltkriege als kühne Verbindung aus Freiheitsrechten und sozialer Sicherheit galt und das nicht zuletzt auch das Stamm-land der sozialistischen Arbeiterbewegung war. Es waren - und sind - diese Extreme, die die Einschätzung der Entwicklung in Deutschland für unsere europäischen Nachbarn so schwierig gestalten: Wenn aus dem wirtschaftlich prosperierenden, kulturell blühenden und politisch stabil scheinenden Weimarer Deutschland von 1928 binnen vier Jahren eine Diktatur werden konnte, die in kürzester Zeit mit beinahe allen Werten von Humanität und Menschenrechten brach, so ist dies womöglich wiederholbar; und um sich nicht erneut überraschen zu lassen, galt es, bereits auf kleine Warnsignale sensibel zu reagieren: Anders als in anderen Ländern, so die Schlussfolgerung aus dieser Art der Wahrnehmung, können Stabilität und wirtschaftliches Wohlergehen in Deutschland offenbar trügen.

Das Bedürfnis nach unmittelbarer politischer Zurechnung der Ereignisse vom Januar 1933 und ihrer tagespolitischen Instrumentalisierung haben seither deutlich nachgelassen. Das Interesse an diesen Entwicklungen ist ein stärker historisches

¹ Lübke, Der Nationalsozialismus im deutschen Nachkriegsbewußtsein, S. 585

geworden, und mittlerweile zeigt sich, wie vielfältig, widersprüchlich und kompliziert die Ereignisse und Entwicklungen waren, die zum 30. Januar führten.

Ich will mich im Folgenden daher auf die Fragen nach den Faktoren und Interessen, die die nationalsozialistische Machtübernahme möglich gemacht haben, konzentrieren – auf die Grundkonstellation der Weimarer Republik, auf die politische Rechte und die traditionellen Eliten, auf die Bedeutung der Weltwirtschaftskrise und das Kalkül des Reichspräsidenten und der ihn umgebenden Claqueure, den Chef der Nazi-Partei zum Reichskanzler zu machen. Am Ende will ich noch einmal auf die eingangs erörterte Frage nach möglichen Aktualisierungen des 30. Januar 1933 zurück kommen.

2.

Die durchaus breite Zustimmung, die die Republik und die sie repräsentierenden Parteien der „Weimarer Koalition“ im ersten Jahr nach der November-Revolution von 1918 in der Bevölkerung fanden, erwies sich schon bald als keine dauerhafte oder tragfähige Basis. Denn zum einen behandelten die Siegermächte die Republik offenbar nicht anders als das wilhelminische Deutschland. Zum anderen erkannte man im Volk die wirtschaftliche Katastrophe, die in die Totalinflation von 1923 mündete, nicht als Folge der deutschen Kriegsfinanzierungspolitik, sondern lastete sie den Westmächten sowie der Weimarer Regierung an. Dadurch hatte die Republik ihren Kredit vor allem bei jenen, die durch die Geldentwertung ihrer Ersparnisse und oftmals ihren sozialen Status verloren hatten, schon verspielt, bevor sie recht eigentlich begonnen hatte.

Gleichwohl waren die Versuche der politischen Rechten, die Republik bereits unmittelbar nach ihrer Konstituierung zu stürzen, sowohl 1920 als auch 1923 gescheitert - zu einem Erfolg hatten zwei Voraussetzungen gefehlt: Weder waren die Reichswehr und mit ihr die konservative Führungsschichten, die das Ende des Wilhelminischen Obrigkeitsstaates noch kaum verwunden hatten, bereit zu einer konsequenten Militärdiktatur, die das parlamentarische System gestürzt und die es tragenden sozialen Schichten unterdrückt hätte; noch war die Alternative - eine Massenbasis für eine Diktatur, wie in Italien -, in Deutschland in Sicht. Im Vergleich zu den Perspektiven, die ein putschistisches Regime bot, schien die 1918/19 vereinbarte Kooperation zwischen Unternehmen und Gewerkschaften sowie zwischen Reichspräsident Ebert und der Reichswehr eine verlässlichere Grundlage für diejenigen Angehörigen der alten Eliten zu sein, die mit der „November-Republik“ nichts gemein hatten, und dies war bei weitem die Mehrheit.

Einen großen Vertrauensvorschuss besaß die Republik daher nicht. Zwar gewannen die Parteien der Weimarer Koalition aus SPD, Zentrum und Liberalen, in den ersten Wahlen mehr als zwei Drittel der Stimmen, aber auch bei deren Wählern war die weitere Unterstützung an Erfolge, vor allem an wirtschaftliche Pros-

perität gebunden. Auf der anderen Seite hatte die doppelte Niederlage der Rechtsputschisten von 1920 und 1923 die radikale Rechte zunächst zersplittert und demoralisiert. Dadurch und durch die nach der Währungsreform sich einstellende wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung bekam die junge Republik eine zweite Chance.

Betrachtet man nun zunächst die politische Rechte der Frühphase der Weimarer Republik etwas eingehender, so kann man sie grob in zwei Gruppen unterteilen, die allerdings auf eine spezifische und noch zu erläuternde Weise miteinander verknüpft waren:

- Auf der einen Seite die Traditionsrechte, herkommend aus Nationalen, Konservativen und Alldeutschen des Wilhelminismus; durch den Ersten Weltkrieg, mehr noch durch Niederlage, Revolution, Republikgründung und durch Versailles radikalisiert, aber in vielem auch von anachronistischer Gestalt und Gesinnung, in welcher die verwehte Herrlichkeit des Reiches unter Bismarck und Wilhelm II nach wie vor die politische Vorstellungswelt bestimmte.

- Auf der anderen Seite die neue Rechte, bestehend aus einer Vielzahl sog. völkischer Gruppierungen, Bünde und Parteien, Reste versprengter Freikorps, Teile der bündischen Jugendbewegung. Diese Welt der rechtsradikalen Bünde und völkischen Verbände war jedoch kein festgefügtes Lager, sondern eher ein Milieu, ein fiebriger Dauerzustand aus Kundgebungen und Geheimtreffen, Verbandsneugründungen und -auflösungen, gekennzeichnet eher durch Stimmungen und Personen als durch Programme und Parteien. Der Schriftsteller Ernst von Salomon, einer der Rathenau-Attentäter und nach 1945 Bestsellerautor in Westdeutschland, hat dieses Szenario anschaulich beschrieben: „Ein wunderliches Gemisch aus Bierdunst, Sonnenmythos und Militärmusik erschlug die blasse Lebensangst. Der Grundakkord sehr lauten Mannestums ward in Weihe überönt von Schiller-Zitaten und Deutschlandlied; dazwischen grollte Runengeräune und Rassegerassel.“

Die weit überwiegende Zahl der Mitglieder oder derer, die sich diesen Gruppen zugehörig fühlten, war jung und sehr jung. Viele von ihnen waren noch in der letzten Kriegsphase Soldat geworden, so etwa die Angehörigen der Jahrgänge 1900 und 1901, und kämpften nach Kriegsende nun weiter gegen innere und äußere Feinde - gegen Spartakus und Ruhrarmee, gegen die Münchener Räterepublik, vor allem aber gegen die Polen an der östlichen Grenze des Reiches sowie gegen die französische Besatzungsmacht im Ruhrgebiet und im Rheinland. Schon von hierher rührte die Gewalttätigkeit als eines der kennzeichnenden Mittel der politischen Auseinandersetzung, das man durch die gesamte Weimarer Zeit hindurch als prägendes Merkmal verfolgen kann. Aber bereits unter den Aktivisten des Ruhrkampfes von 1923 stellten die Jahrgänge, die am Kriege nicht mehr teilgenommen hatten, eine große, womöglich schon die größte Gruppe dar: die Jahrgänge 1902 bis 1905/1906, Siebzehn- bis Zwanzigjährige, deren Welt durch die Nachkriegszeit geprägt und deren Erfahrungen in den ideologischen

Angeboten der völkischen Rechten ihre für sie gültige Interpretation erfahren hatte.

Zugleich aber wurde deutlich, dass der „radikal völkische Standpunkt“, die damit verbundene fundamentale Absage an Republik und Demokratie und vor allem der rassenbiologisch motivierte Antisemitismus nicht nur als politische Meinung unter anderen, sondern auch als Elemente eines Lebensgefühls, eines generationellen Stils empfunden wurde, der den einzelnen die Gewissheit vermittelte, sich von der liberalen oder demokratischen Umwelt durch „Weltanschauung“, von den älteren „national“ oder konservativ Denkenden durch Radikalität und Aktivismus zu unterscheiden.

Beide Fraktionen des rechten und völkischen Lagers aber, so sehr sie sich in Bezug auf ihr Politikverständnis und die Form ihres Auftretens auch unterschieden, waren doch auf vielfältige und bemerkenswerte Weise miteinander verknüpft. Statt in der Öffentlichkeit von Parteitag unter den Augen der Presse und der politischen Gegner über Sachfragen zu streiten, entwickelte sich hier eine halböffentliche Struktur von Clubs und informellen Vereinen, die einerseits eine gewisse soziale und politische Exklusivität sicherstellten, andererseits zahlreiche Querverbindungen zwischen Personen und Gruppierungen erlaubten, die in der Öffentlichkeit gegeneinander standen, ohne dass dies dem Publikum offenbar werden musste. Diese neokonservative Ringbewegung erreichte die rechtsradikalen Intellektuellen im Umkreis von Möller van den Bruck, Ernst Jünger oder Martin Spahn ebenso wie die Spitzen der vaterländischen Verbände, der völkischen Zirkel, der studentischen Korporationen und Bünde, aber auch die führenden Vertreter der alten Eliten, also der Reichswehr, der Verwaltung, der Großagrarier und der Großindustrie, sowie der rechten und konservativen Parteien bis hinein ins katholische Zentrum und die nationalliberale DVP.

In dieser Form der Vergemeinschaftung spiegelte sich zum einen die Ablehnung parlamentarischer Strukturen und des als der deutschen Tradition fremd angesehenen Parteienwesens wider, zum anderen aber auch ein ausgeprägter Elitismus, der in denkbar scharfem Kontrast stand zu den lautstark apostrophierten Zielen der „Volksgemeinschaft“ und der „Überwindung der Klassenschranken“. Zugleich aber fand in diesen Zirkeln der neokonservativen Ringbewegung eine intensive Diskussion um Ziele und Wege der nationalen Revolution statt, die freilich in ihren Grundstrukturen nach wie vor elitär blieb. Hier bildete sich so etwas wie die junge Nachwuchselite des kommenden „Dritten Reiches“ heraus, das auch schon so genannt wurde, ohne dass über seine konkrete Ausgestaltung schon Einigkeit oder Klarheit bestand. Das Hauptproblem nämlich - das Verhältnis der Elitendiktatur zur „Massengesellschaft“, blieb in diesen Zirkeln der Alten und der Neuen Rechten weiterhin ungeklärt.

3.

Das änderte sich auch nicht in der zweiten Phase der Republik, in der sie sich seit 1924 befand und allmählich zu konsolidieren begann. Der rapide Modernisierungsprozess, der in diesen Jahren in kultureller, wirtschaftlicher, sozialer und technischer Hinsicht Platz griff, hatte dabei durchaus ambivalente Auswirkungen. Einerseits gewann die Republik an Reputation im Innern wie nach außen; sie entwickelte einen Glanz, der über Filmkonserven und Kunstausstellungen bis in unsere heutige Gegenwart hineinscheint. Aber derartiges blieben doch Phänomene der Metropole, denn auf der anderen Seite verstärkten sowohl die technischen Innovationen etwa in der Industrie als auch die kulturellen Modernisierungsschübe in großen Teilen der Bevölkerung, nicht nur in der Provinz, das Verlangen nach Sicherheit und dem Rückbezug auf Bewährtes. Nicht zuletzt wurden hier Ängste vor einer als neuartig und durchaus fremd empfundenen modernen Welt offenbar, der man sich - wenn überhaupt - nur auszusetzen bereit war, wenn dies auf gefestigter sozialer Grundlage geschehen konnte.

Zugleich erwies sich auch in den sogenannten guten Jahren Weimars, dass man im Umgang mit parlamentarisch-demokratischen Gepflogenheiten in Deutschland wenig Erfahrung hatte - nicht nur wegen der politischen Attentate, der Straßenkämpfe und der militanten Parteiverbände. Die öffentliche Herausstellung von Missständen, die Kritik am politischen Gegner, die kritische Debatte von umstrittenen Sachproblemen wurde - nicht nur bei den Radikalen, sondern auch in der politischen Mitte - in der Regel nicht als Stärke, sondern als Schwäche der Demokratie empfunden und dargestellt. Eine politische Kultur, die auf der öffentlichen Diskussion, auf dem Ausgleich von Interessen, auf der Verfertigung des gesellschaftlichen Konsensus durch Streit und Kompromiss basierte, war unbekannt und wurde weithin auch als ineffektiv wahrgenommen; das Schmähwort vom Parlament als „Schwatzbude“ ist dafür ein beredter Ausdruck. Die sich aus diesem defizitären Politikverständnis entwickelnde Rede von der Weimarer Republik als einem „Bonzenstaat“, die Behauptung von der Korruptheit demokratischer Politiker, gehörte zu den folgenschwersten Belastungen der Demokratie in diesen Jahren. Nicht nur war diese Kritik völlig unberechtigt, sie stellte auch einen idealen Ansatzpunkt für antirepublikanische Propaganda dar, die im Augenblick der Krise ihre volle Wirkung entfaltete.

In der traditionellen Rechten hatte sich mittlerweile ein Meinungsumschwung insofern ergeben, als nicht mehr ein staatsstreichförmiger Umsturz des bestehenden Verfassungssystems betrieben wurde, sondern sich die Stimmen derjenigen mehrten, die für einen autoritären Umbau des bestehenden Verfassungssystems plädierten. Das Verhalten des überwiegenden Teils der Führungseliten in Wirtschaft, Bürokratie und Militär in der Stabilisierungsphase der Weimarer Republik war von der prinzipiellen Ablehnung des parlamentarisch-demokratisch verfassten Staates und insbesondere des Einflusses der organisierten Arbeiterbewegung auf ihn gekennzeichnet. Angesichts der offenbaren Stärke der dieses „Sys-

tem“ tragenden Kräfte jedoch und unter dem Druck außenpolitischer und kreditwirtschaftlicher Rücksichtnahmen hatte man sich zu partieller Kooperation und Tolerierung entschließen müssen.

Die Aufkündigung der 1918/19 beschlossenen sozialen und politischen Kompromisse mit dem neuen Staat durch die alten Eliten – der Großindustrie, der Großlandwirtschaft, der hohen Beamtschaft und der Reichswehführung -, deutete sich allerdings bereits vor dem Beginn der Wirtschaftskrise an: Seit 1927/28 begannen sich die Fronten zu verhärten. Insbesondere der sogenannte „Ruhreisenstreit“ vom Herbst 1928 markierte einen Wendepunkt in den sozialpolitischen Auseinandersetzungen und den Übergang zur Offensive der Großindustrie gegen die Sozialstaatsprinzipien der Weimarer Verfassung.

Nur die Zurückschneidung von Löhnen, Arbeitszeit und Sozialleistungen und die Zurückdrängung des Einflusses der Arbeiterbewegung, so Überzeugung der Großindustrie, konnte eine durchgreifende wirtschaftliche Verbesserung mit sich bringen. Dazu war, das wurde seit Ende 1928 offenbar, aus Sicht der Schwerindustrie auch ein Umbau der Republik nötig, insbesondere die Verringerung der Macht von Parlament und Parteien und des Einflusses der Arbeiterbewegung. Hier bereits setzten erste konkrete Überlegungen ein, ob und wie in Deutschland eine parlamentarisch ungebundene Regierungsform installiert werden könne. Diese Bestrebungen verstärkten sich, als die Sozialdemokraten die Reichstagswahlen von 1928 gewannen und fortan wieder den Reichskanzler stellten. Dadurch wuchs die Angst vor allem in der deutschen Industrie vor einer Ausweitung des „Gewerkschaftsstaates“ und weiteren sozialpolitischen Belastungen und verband sich mit jenen langgehegten antirepublikanischen Bestrebungen, wie sie in den konservativen Führungsschichten Deutschlands seit 1918 in unterschiedlichen Variationen betrieben worden waren.

Solange Sozialdemokraten sowie Freie und Christliche Gewerkschaften allerdings über so ausgedehnte Anhänger- und Wählerschaften verfügten, war eine grundlegende Revision des Verfassungs- und Sozialkompromisses von 1918/19 kaum denkbar. Die Frage, ob die Weimarer Republik mit ihrer nach wie vor schwachen, von den Reparationslasten gebeutelten Volkswirtschaft eine so ausgreifende Sozialpolitik, wie sie in dem Kompromiss der Gewerkschaften mit den Unternehmern in der Revolutionsphase von 1918/19 ausgehandelt worden war, tatsächlich tragen konnte, war damit nicht beantwortet. Aber solange die Stabilisierungsphase der Republik anhielt, erwuchs daraus keine unmittelbare Existenzbedrohung der Republik.

Das änderte sich, als durch die im Herbst 1929 einsetzende und sich in sehr kurzer Zeit katastrophisch ausweitende Wirtschaftskrise die Arbeitslosenzahlen stiegen und die soziale Not binnen einen halben Jahres weite Kreise der Bevölkerung erreichte. In dieser Situation entsprach die Etablierung eines parlamentarisch nicht mehr gestützten Notverordnungs-kabinetts unter Brüning durchaus der Enttäuschung breiterer Kreise der Bevölkerung von der Republik. Für den neuen,

aus dem Zentrum stammenden Reichskanzler war die Befreiung des Reiches von den Reparationszahlungen das oberste Ziel. Die wirtschaftlich desolate Lage in Deutschland nach dem Zusammenbruch vom November 1929 und die Massenarbeitslosigkeit hingegen sollte daher genutzt werden, um mit Hilfe einer rigorosen Spar- und Deflationspolitik die Staatsfinanzen zu sanieren und den Siegermächten angesichts des Massenelends in Deutschland die offenbare Zahlungsunfähigkeit des Reiches und die Unerfüllbarkeit ihrer Forderungen vor Augen zu führen. Danach sollten eine tiefgreifende Verfassungsreform durchgeführt, die Monarchie restauriert und die Regierung den Rechtsparteien überlassen werden.

4.

Diese Politik, die in ihren Grundzügen von großen Gruppen sowohl in Industrie und Landwirtschaft als auch der Ministerialbürokratie zunächst mitgetragen wurde, hatte für die deutsche Bevölkerung katastrophale Auswirkungen. Nachdem die Geldentwertung 1923 vor allem große Teile des Mittelstandes expropriert hatte, traf die Krise der in starkem Maße von ausländischen Anleihen und Krediten abhängigen Wirtschaft Arbeiterschaft, Bauern und städtische Mittelschichten gleichermaßen.

Die oftmals beschriebene Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung in diesen Gruppen der Bevölkerung, die im Winter 1929/30 einsetzte und drei Jahre lang anhielt, hatte daher ihre Ursache nicht allein in der objektiven schlechten sozialen Lage. Vielmehr verbreitete sich bei ihnen der Eindruck, dass ihre eigenen Interessen bei „den Politikern“ oder „den Verantwortlichen“ kein Gehör mehr fanden, dass niemand mehr sie politisch vertrat, und dass die wachsende Verelendung nicht zu entsprechenden Reaktionen und Taten führte. Und in der Tat: Die Gewerkschaften waren in ihrer Aktionsfähigkeit durch die Massenarbeitslosigkeit massiv beeinträchtigt und mussten beinahe ohnmächtig zusehen, wie die Unternehmerseite die Wirtschaftskrise zu einem weitgehenden Rückbau des Sozialsystems zu nutzen trachtete. Die Sozialdemokratie hatte die Teilhabe an der Macht im Reich verloren und verteidigte mit der preußischen Regierung unter Otto Braun die letzte Bastion der Demokratie, so gut es ging, bis zum Juli 1932. Zwar konnte die SPD ihren Anhang auch in den Jahren der Krise im wesentlichen halten, die großen Teile der Arbeiterschaft, des Mittelstandes und der Bauernschaft aber, die weder zur organisierten Arbeiterbewegung gehörten noch zum katholischen Sozialmilieu, wandten sich nun ebenso wie die einstigen überwiegend bürgerlichen Anhänger der Liberalen von der Republik insgesamt ab und suchten nach Alternativen, die - und sei es auf radikale Weise - ihnen angesichts ihres bereits realen oder als bedrohlich nahe empfundenen Elends Gehör und Stimme schenkten.

Dass die Massenarbeitslosigkeit vor allem den radikalen Kräften zugute kommen würde, war die Überzeugung der meisten in- und ausländischen Beobachter der deutschen Entwicklung. Vor allem die jungen, meist ungelerten Arbeiter, die stärker von der Arbeitslosigkeit betroffen waren als jede andere Gruppe, würden sich überwiegend der Kommunistischen Partei zuwenden – das war auch die Befürchtung der regierenden Sozialdemokraten.

Nach den durchweg gescheiterten Aufstandsversuchen der Nachkriegsjahre – in Berlin, München, an der Ruhr, in Hamburg und gleich zweimal in Mitteldeutschland – war die radikale Linke geschwächt und zersplittert. Durch den Zulauf eines Großteils der ehemaligen USPD-Mitglieder hatte sich die KPD jedoch als neue Massenpartei etablieren können, was der politischen Konfrontation in Deutschland eine neue Zuspitzung verlieh. Die Konkurrenz zur SPD allein war schon Grund genug für einen konsequent linksradikalen Kurs, der nach der Machtübernahme Stalins in der UdSSR im Jahre 1924 weitere Legitimation erhalten hatte. Die KPD wurde nun mehr und mehr zur Partei der jungen Arbeiter, deren radikale Ablehnung der Republik sich am Vorbild der bolschewistischen Sowjetunion orientierte.

In der Wahrnehmung der Kommunisten war der Unterschied zwischen sozialdemokratischer Regierung und einer Regierung der Völkisch-Nationalen zu vernachlässigen. Allesamt galten sie ihnen als Varianten bürgerlicher Herrschaft, die möglichst umgehend durch die Erhebung der Massen und die Machtübernahme durch die Kommunistische Partei zu beseitigen waren. Nun war die Parteinahme für die Kommunisten bei jungen arbeitslosen Proletariern nachvollziehbar – insbesondere angesichts ihrer verzweifelten sozialen Lage und angesichts ihrer Enttäuschungen über die Niederlagen bei den Aufständen der Nachkriegsjahre, zu denen die SPD und die von ihnen herangeholten Freikorps ja nicht wenig beigetragen hatten. Dass sich ihre Lage durch parlamentarische Demokratie und liberalen Kapitalismus nachhaltig verbessern könnte, schien den meisten auch in den wirtschaftlich stabileren mittzwanziger Jahren ganz ausgeschlossen. Das Beispiel Sowjetunion schien demgegenüber zu zeigen, wie eine entschlossene Minderheit revolutionärer Arbeiter hier und jetzt die Revolution machen und die Diktatur des Proletariats errichten konnte. Alles, was dem Zusammenbruch der bürgerlichen Republik von Weimar dienlich schien, war demnach in ihrem Sinne. Aber schon die sehr hohen Fluktuationsraten bei Mitgliedern wie bei Wählern der KPD lassen vermuten, dass die kommunistische Option bei den meisten eher als ein Ventil zu werten ist – als Ausdruck von Protest und Radikalitätsverlangen und weniger als Zeichen politischer Übereinstimmung mit Zielen und Methoden des Bolschewismus.

Demgegenüber erwies sich die Zuversicht vieler linker Intellektueller, die KPD gehöre eigentlich zum demokratischen Lager und sei darin nur konsequenter als die in vielerlei Kompromissen und Koalitionen sich aufzehrende SPD, als vollständige Fehleinschätzung. In den Sympathien für den Kommunismus drückte

sich bei vielen Intellektuellen auch das Empfinden aus, auf diese Weise ihre Ablehnung der als entfremdet, kalt, ungerecht, flach und kommerzialisiert angesehenen Alltagswelt der Massengesellschaft und des Amerikanismus zur Geltung zu bringen und zugleich gegen die stetig ansteigende Macht der alten und der neuen Rechten eine starke Gegenposition aufbauen zu können. Darüber hinaus teilten sie mit den rechten Intellektuellen die Abneigung gegenüber Parlament und Parteienstaat, gegenüber mühsamen Kompromissen und Interessenausgleich. In der Haltung der Unbedingtheit, der Tendenz zur großen Geste kam die Irritation an der Kompliziertheit der modernen Gesellschaft ebenso zum Ausdruck wie die Verachtung von Mehrheitsprinzip, Massengesellschaft und Verlust der exklusiven Position der Eliten.

Das Wählerpotential der KPD lag zwischen 1924 und 1933 bei etwa 12 Prozent, die nur einmal, 1932, deutlich überschritten wurden – die Kommunisten blieben während der gesamten Dauer der Weimarer Republik eine kleine Partei. Das lässt die Selbstwahrnehmung als revolutionäre Massenpartei, die auf die Machtübernahme zielte, noch bizarrer erscheinen. Nicht zuletzt durch ihre starke Stellung in Berlin aber, wo sie bei den Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung 1925 18 und vier Jahre später fast 25 Prozent der Stimmen erreichten und wo sie in den letzten Jahren der Republik nahezu täglich bei Aufmärschen und gewaltsamen Auseinandersetzungen mit den Nazis und mit der Polizei sichtbar waren, wurde dieses Bild verzerrt. So wurde die KPD bis zum Ende der Republik weit über ihre tatsächliche Stärke hinaus überschätzt und als ernsthafte nationale Bedrohung angesehen - sowohl bei Liberalen und Sozialdemokraten wie auf der Rechten, wo die Revolutionsdrohung der Kommunisten in direkte Verbindung zur Etablierung der bolschewistischen Diktatur in der Sowjetunion gebracht und zum Gegenstand von diversen Putsch- und Diktaturplänen gemacht wurde.

5.

Dass auf der anderen Seite mit der Wirtschaftskrise auch die radikale Rechte an Bedeutung zunehmen würde, wurde auch von zeitgenössischen Beobachtern durchaus erwartet. Warum nun aber ausgerechnet die NSDAP zum Nutznießer dieser Entwicklung wurde, eine der vielen völkisch-radikalen Splittergruppen aus der unmittelbaren Nachkriegszeit, die im Jahre 1928 bei den letzten Reichstagswahlen ganze 2,6 % der Stimmen erhalten hatte und bis dahin - sieht man von dem operettenhaften Putschversuch von 1923 ab - in der Öffentlichkeit im wesentlichen als unbedeutend angesehen worden war, ist durchaus erklärungsbedürftig. Ich möchte mich hier auf drei Aspekte konzentrieren:

1. Die NSDAP besaß keinerlei politisch-programmatische Vorstellungen von irgendwelcher Originalität. Was in den Reden ihrer Führer oder in ihren Schriften ausgeführt wurde, fand man so ähnlich bei zahlreichen, ja den meisten anderen

Gruppen der Rechten und Rechtsradikalen - vom Antisemitismus bis zur Lebensraumgewinnung im Osten, von rassehygienischen und sozialdarwinistischen Vorstellungen bis zum Gedanken der „Volksgemeinschaft“ und des „deutschen Sozialismus“. Im Gegenteil beruhte ihr Erfolg innerhalb der Rechten wohl darauf, dass sie an den Debatten der Rechtsintellektuellen in den 20er Jahren über Reich, Staat und Volk nicht teilgenommen und sich programmatisch nicht weiter festgelegt hatte. Vielmehr hatte sie ihr gesamtes Potential auf unablässigen Aktivismus, auf Organisation des Apparats, auf Kundgebungen und auf Wahlkampf lenkung konzentriert. Sie war daher inhaltlich viel weniger festgelegt und somit flexibler als jede andere Gruppierung und konnte so auf die tatsächlich vorfindlichen Interessen, Ängste und Bedürfnisse einer sozial und politisch diffusen und heterogenen, aber wachsenden Wählerschaft eingehen, ohne in Konflikt zu einzelnen fixierbaren programmatischen Aussagen kommen zu müssen. Durch die Radikalität und Schroffheit des Auftretens, die Bedingungslosigkeit der Ablehnung der Weimarer Republik insgesamt, die Weigerung, irgendeinen Kompromiss einzugehen außer: die Macht zu übernehmen, entsprach sie dem verbreiteten Gefühl der Verbittertheit und des Hasses auf das politische und soziale Establishment der Weimarer Republik, das sich in weiten und zunehmenden Teilen der Bevölkerung verbreitet hatte.

2. Anders als die meisten anderen völkischen und rechtsradikalen Parteien und Verbände hatte die NSDAP jenes elitäre Politikverständnis einer im Grunde vor-modernen Politikergeneration überwunden, das die Teilhabe der „Massen“ an der Politik weitgehend zu eliminieren oder doch zu ignorieren trachtete. Die NSDAP wurde eine politische Kraft erster Ordnung nicht durch die Zahl ihrer einflussreichen Mitglieder und Gönner aus den alten Eliten, schon gar nicht aus der Großindustrie, sondern allein aufgrund ihrer Wahlergebnisse und des Zulaufs zu ihren Organisationen, vor allem der SA. In dem Maße aber, wie sie auf diesem Wege an politischem Einfluss gewann, wechselten auch in zunehmendem Maße führende Vertreter anderer rechter Gruppierungen zur NSDAP. So gewann die Hitlerpartei Einfluss in zahlreichen Interessenverbänden und bewies auf diese Weise, dass das Suchen nach dem „richtigen Weg“ und der „richtigen Organisationsform“ der nationalen Revolution, wie es in den neokonservativen intellektuellen Zirkeln der 20er Jahre betrieben worden war, nun ein Ende gefunden hatte. Nun gelang es der NSDAP binnen kurzem, einen erheblichen Teil der rechtsradikalen Intelligenz an sich zu binden, die zwar der plebejischen Ausrichtung des nationalsozialistischen Politikverständnisses nicht viel abgewinnen konnte, aber nun allmählich in die Führungsfunktionen der Partei einrückt und sich vor allem in der SS eine elitäre organisatorische Ausgangsbasis schuf.

Und 3. verfügte die NSDAP als einzige der rechten Gruppierungen über eine herausragende Führungsfigur, welche die Partei einte und die Massen begeistern konnte. Hitler war durch den verunglückten Putsch vom 9. November 1923 zu einer national bekannten Figur aufgestiegen und anschließend lediglich zu wenigen Monaten „Festungshaft“ unter sehr kommoden Bedingungen verurteilt

worden, wobei ihm von den Richtern für seinen Staatsstreichversuch unentwegt edle Motive bestätigt worden waren. Innerhalb des nationalen Lagers war er zweifellos die politisch, organisatorisch und rhetorisch begabteste und zugleich skrupelloseste Figur. Angesichts des nicht nur auf der Rechten chronischen Verlangens nach der einen Führerpersönlichkeit, die nach dem Bilde Napoleons und Alexanders, mindestens aber Mussolinis die unübersichtlichen und komplizierten Wirrungen des modernen Lebens und zumal der parteipolitischen Szenerie zerschlagen und Klarheit und Einheit bringen würde, baute Hitler diesen Nimbus zielgerichtet aus. In seinem uns heute nachgerade lächerlich anmutenden politischen Stil drückte er jenen Gestus der unbedingten Radikalität, des Fanatismus und des Hasses aus, der in erheblichem Maße die Stimmungslage in erheblichen Teilen der Bevölkerung aufnahm und artikulierte.

Gleichwohl muss man betonen, dass, so sprunghaft die Zustimmung zur NSDAP bei den Wahlen zwischen dem Sommer 1930 und dem Sommer 1932 auch anwuchs, sie von einer Mehrheit bei der Wählerschaft oder gar bei der Bevölkerung doch immer weit entfernt blieb, selbst mit ihren besten Ergebnis von 37% im Juli 1932. Allerdings gehörten auch die Kommunisten mit 14,5 % zu den Wahlgewinnern. Beide Flügelparteien hatten damit zusammen mit fast 53 % der Stimmen die absolute Mehrheit im Reichstag erreicht. Die Wähler, das war unübersehbar, wollten in ihrer Mehrheit das Ende von Demokratie und Republik.

Allerdings fluktuierten sowohl Wähler als auch Mitglieder der Partei in außerordentlichem Maße; bis 1933 hatten 45 % der zwischenzeitlichen NSDAP-Mitglieder die Partei wieder verlassen. Mehr als ein Drittel der Wähler der NSDAP vom Sommer 1932 wählten bei der zweiten Reichstagswahl im November nicht oder eine andere Partei. Die Zustimmung zur NSDAP war mithin bei großen Teilen der Wählerschaft viel vorläufiger, als es der Blick auf die stetigen Wahlgewinne seit 1930 zu signalisieren scheint. Und es ist auch keineswegs so, dass die Machtübernahme der Hitler-Partei, der im Winter 1932/33 schon alle Felle wegzuschwimmen schienen, unaufhaltsam gewesen wäre.

Vielmehr war die Entscheidung Hindenburgs und seiner Umgebung, Hitler als Nachfolger des Generals von Schleicher zum Reichskanzler zu machen, von verschiedenen eher taktischen Überlegungen geleitet:

- Einerseits hatte sich das Projekt einer parlamentsungebundenen autoritären Eliten-Diktatur als nicht gangbar erwiesen. Nachdem weder Brüning noch von Papen die NSDAP als Juniorpartner und Mehrheitsbeschaffer ohne entscheidende Machtteilhabe hatten gewinnen können, wäre der Übergang zur Diktatur nur durch eine Art Verfassungsputsch von oben durchsetzbar gewesen - das aber hätte in der Konsequenz eine Militärdiktatur bedeutet und das wiederum mit einiger Wahrscheinlichkeit zum Bürgerkrieg geführt. Davor schreckten Hindenburg und die Reichswehrführung aber zurück.

- Die zweite Möglichkeit hatte General von Schleicher in seiner kurzen Kanzlerschaft zu erproben versucht: ein Bündnis von Reichswehr, Teilen der Gewerkschaft, Teilen der NSDAP sowie den traditionellen Rechtsparteien. Dieses Experiment war bereits nach wenigen Wochen vollständig gescheitert.

Blieben zwei Varianten:

- Neuwahlen im Frühjahr 1933, die angesichts der sich wieder verbessernden Konjunktur vermutlich zu Stimmengewinnen links und in der Mitte geführt hätten und das Projekt „Reichsreform“, worunter Entparlamentarisierung, Ausschaltung der Arbeiterbewegung und Rückbau der Sozialverfassung verstanden wurde, gefährdet oder gar zum Stehen gebracht hätten.

- Oder aber die Einsetzung Hitlers als Reichskanzler in einem Kabinett der alten Rechten. Dies war zwar den meisten führenden Vertretern sowohl der Ministerialbürokratie wie der traditionellen Rechtsparteien, aber auch der Großlandwirtschaft, der Reichswehr und der Industrie durchaus unangenehm - nicht zuletzt wegen der nationalbolschewistischen Tendenzen in der SA. Aber solche Gefahren glaubte man durch die Einbindung der Nationalsozialisten in ein Kabinett erfahrener konservativer Fachleute und Intriganten eindämmen zu können. Diese Fehleinschätzung belegt noch einmal den Anachronismus des hier gepflegten Politikverständnisses, das im Grunde auf der Absprache von politischen Honoratioren und Wirtschaftsführern basierte. Demgegenüber war die populistische Orientierung der Nationalsozialisten das deutlich modernere Konzept, die zum einen mit einem auf Volk, Rasse und territoriale Expansion abhebenden Erlösungsversprechen anraten, und alle konkreten programmatischen Aussagen vermieden. Zudem anderen wollten sie die komplizierte politische Konsensbildung zwischen Opposition und Regierung in der parlamentarischen Demokratie ersetzen: einerseits durch die Klarheit und Einfachheit verheißende Figur des charismatischen Führers, andererseits durch die Erstickung von Opposition mithilfe von Terror andererseits.

Die Nationalsozialisten galten daher nicht wie die traditionelle Rechte als verstaubte Reaktionäre, sondern als jung, flexibel, dynamisch, radikal, laut, rücksichtslos und in jeder Hinsicht neu. Es gelang ihnen, sich als Vertreter derer darzustellen, die bislang ohne Stimme gewesen waren, ohne Interessenvertreter und ohne Einfluss; gerade weil sie sich von aller deutlichen programmatischen Erklärung ferngehalten hatten und somit mit niemandes Interessen in Konflikt geraten konnten.

6.

Aus dem hier Vorgetragenen möchte ich drei Aspekte zusammenfassend herauszuheben, die für den Zusammenbruch der Weimarer Republik und die Installation der NS-Diktatur von besonderer Bedeutung waren

1. Der Aufstieg der Nationalsozialisten von einer völkischen Splittergruppe unter vielen zur stärksten Partei im Reichstag zwischen 1930 und 1932 in den Jahren nach 1930 ist nicht zuletzt als Ausdruck der Verzweiflung und des Protests jenes Teils der Bevölkerung anzusehen, die zu Recht das Gefühl hatten, dass ihre existenziellen Sorgen, ihre katastrophale soziale Lage von der politischen Führung des Landes nicht verstanden und vertreten wurden. Diejenigen Gruppen, die nicht fest in ein sozialmoralisches Milieu - wie das der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung oder der Katholiken - eingebunden waren, fanden in den Nationalsozialisten diejenige Partei, deren Wahl einerseits ganz offenbar den größten Widerhall in der Öffentlichkeit und bei den politischen und sozialen Eliten fand und die andererseits durch unablässigen Aktivismus, durch Lautstärke und Propaganda den Eindruck großer Einsatzbereitschaft machte, ohne durch programmatische Festlegungen den Interessen und Wünschen einzelner Gruppen zu widersprechen.

Die dem Machtantritt Hitlers vorausgegangenen knapp drei Jahre seit dem Rücktritt der Regierung Müller waren von wirtschaftlichem Zusammenbruch, sozialer Verelendung und politischem Desaster gekennzeichnet und verstärkte den sich verbreiternden Eindruck einer unhaltbaren Situation. Dieses Empfinden, das nach Systembruch verlangte, kam den Absichten der radikalen Flügelparteien entgegen und wurde von ihnen nach Kräften gestärkt.

2. Ausschlaggebend für Hitlers Machtantritt war dann aber vor allem das stetige Hinarbeiten der Führungsgruppen der Reichswehr, der großen Wirtschaftsverbände, der rechten Parteien sowie der Berater des Reichspräsidenten auf eine autoritäre, nicht parlamentarisch gebundene Elitendiktatur. Als die anderen Möglichkeiten durchgespielt und verworfen waren, sah man in der NSDAP einen gewiss ungeliebten, aber akzeptablen Bundesgenossen zur Erreichung dieses Ziels. Im Vergleich zu den in anderen europäischen Ländern installierten Militärdiktaturen der zwanziger Jahre war dabei die Zuhilfenahme einer rechtsradikalen Massenbewegung der zukunftsträchtigere Weg, weil er die Massengesellschaft nicht negierte, sondern integrierte: die plebiszitäre Legitimierung eines diktatorischen Regimes. Denn, so fasst es Heinrich August Winkler zusammen, „wo es bereits eine starke sozialistische Industriearbeiterschaft gab, musste auch eine rechte Gegenbewegung sich auf Massen stützen. Wo sich Teile der ‚Machtelite‘ solcher Massen bedienen wollten, konnten sie nicht wählerisch sein.“² Nicht der Aufstieg Hitlers bewirkte den Zusammenbruch der Weimarer Republik, sondern die Zerstörung der Weimarer Republik ermöglichte den Aufstieg Hitlers.

² Winkler, Revolution, Staat, Faschismus, S. 81.

3. Die „Regierung der nationalen Konzentration“, die am 30. Januar 1933 gebildet wurde, trug daher beidem Rechnung: sowohl dem Kalkül der konservativen Rechten, die in der neuen Konstellation eine Regierung der alten Eliten sah, die nun aber, anders als ihre Vorgänger durch das Bündnis mit der nationalistischen Massenbewegung eine nachhaltige Stabilisierung erfuhr; als auch dem Kalkül der Nationalsozialisten, für die der 30. Januar die „Machtergreifung“ bedeutete. Durch die Genehmigung Hindenburgs, den Reichstag aufzulösen und erneute Reichstagswahlen auszuschreiben, erhielten sie dann auch die Möglichkeit, mit den Mitteln einer Regierungspartei jene Dynamik der Straße zu entfalten, die aus dem Kabinett Hitler/Papen die „nationale Revolution“ werden ließ.

Unter diesem Blickwinkel war die „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten das Resultat der Versuche der konservativen Eliten, eine parlamentarisch ungebundene Regierung zu installieren. In etwas weiterer Perspektive war sie Folge der Tatsache, dass nach dem abermaligen Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft ein immer größerer Teil der deutschen Gesellschaft dem politischen System von Weimar, der Verbindung aus parlamentarischer Demokratie, sozialem Rechtsstaat und liberalem Kapitalismus, das Vertrauen endgültig entzogen hatte und entschlossen war, sich nach radikaleren und zukunftssträchtigeren Alternativen umzusehen.

Allerdings war anders, als es sich die traditionellen Eliten vorgestellt hatten, mit der Dynamisierung der nationalsozialistischen Massenbewegung eine Rückkehr in die Verhältnisse der Vorkriegszeit gar nicht mehr möglich. Nicht eine gesellschaftliche Restauration stand nun an, wie viele Konservative jetzt und noch lange nach 1933 glaubten, sondern der Versuch, die Widersprüche des Modernisierungsprozesses, die sich in den Dauerkrisen der zwanziger und frühen dreißiger Jahre immens verschärft hatten, mit technokratischer Effizienz und autoritärer Formierung der Gesellschaft und einem Programm des völkischen Radikalnationalismus zu lösen.³

7.

Am Ende möchte ich noch einmal auf die eingangs diskutierte Frage nach der sich wandelnden Bedeutung der NS-Machtergreifung zurück kommen. Die alten Analogien, so zeigt sich, sind verbraucht, und es bedarf schon einer erheblichen Portion Unverstands, will man die Situation der Weimarer Republik zu Anfang 1933 mit der Bundesrepublik heute in direkte Parallele setzen. Und selbst das skandalöse und in seinem Umfang gar nicht fassbare Maß an Ignoranz, Wegschauen und Verkumpelung von Teilen der Behörden im Umgang mit dem rechtsradikalen Rand, wie er sich bei der jahrelangen Nichtbefassung mit den

³ Peukert, Weimarer Republik, S. 265.

Mördern des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ und der sie umgebenden Szene zeigte, vermag dieses Urteil nicht zu revidieren. Nicht einmal die alten Parolen von Nie wieder Krieg! sind noch uneingeschränkt gültig, wenn man etwa an Libyen oder Mali denkt, wo die Argumente für ein kriegerisches Eintreten vielleicht nicht überzeugend, aber doch auch weit weg von Parallelen zur Situation von 1933 oder 1939 sind.

Wenn es denn noch direkte Hinweise gibt, die wir aus der Beschäftigung mit dem 30. Januar 1933 für uns heute gewinnen, so liegen sie in anderen Bereichen. Das namenlose Elend, durch das die Weltwirtschaftskrise einen Großteil der Deutschen in jenen Jahren warf, die Verbitterung, das Empfinden, von niemandem mehr unterstützt zu werden, die Bereitschaft, dann auch radikale Kräfte zu unterstützen, und sei es nur als Warnung oder als „Bestrafung“ der tradierten Parteien und Verbänden: das klingt heute doch vertraut, sicher nicht in Deutschland – aber wenn 30, 40, 50 Prozent der Jugendlichen in manchen Südstaaten Europas oder in den meisten Staaten der arabischen Welt arbeitslos sind: hier gibt es Parallelen. Die Verzweiflung ist keine hinreichende Voraussetzung für die Etablierung von blutigen Diktaturen, aber doch wohl eine notwendige und eine häufige.

Ein zweiter Aspekt: Die Weimarer Republik hat ein bedeutendes Reformwerk geschaffen. Die Vertreter der demokratischen Parteien waren würdevolle, aufrichtige, wenn auch ein wenig altmodische Leute. Die Entscheidungsfindung brauchte Zeit, sie war umständlich. Das Gefühl für die Notwendigkeit von öffentlicher Debatte und Kompromissen, die Wahrnehmung, dass politische Probleme kompliziert sind, nicht leicht und schon gar nicht schnell lösbar, waren nicht verbreitet. Politiker wie Ebert, wie Marx, Stresemann, Rathenau, selbst Brüning wurden von den Radikalen verspottet, die Parteien als Selbstbedienungsläden diffamiert, die Parlamente als Schwatzbuden. Von wenigem haben die Nationalsozialisten mehr und nachhaltiger profitiert als davon. Schaut man heutzutage unter diesem Aspekt in die sogenannten Foren der online-Zeitungen, kann es einen gruseln.

Am Ende aber sieht man doch, wie begrenzt solche direkten Parallelisierungen in ihrer Tragweite sind, wenngleich Historiker und zuweilen auch die Öffentlichkeit dazu neigen, die Bedeutung der „Lehren aus der Geschichte“ zu übertreiben; und dies gilt in besonderer Weise für die Auseinandersetzungen mit der Geschichte des Nationalsozialismus. Wir beschäftigen uns mit dem 30. Januar 1933 wie mit der Geschichte der NS-Diktatur insgesamt heute vor allem deswegen, weil sie die Vorgeschichte unserer Gegenwart ist und wir ohne Kenntnis dieser Vorgeschichte unsere Gegenwart nicht verstehen können.

Denn, das sollte man zum Abschluss doch betonen, um heute davon überzeugt zu sein, dass man keine Menschen erschießt oder ihre Häuser anzündet, muss man rein gar nichts über die Nazis wissen. Man muss nichts über die SA wissen,

um davon abzusehen, Passanten zusammenzuschlagen, die einen dunklen Schnurrbart tragen; und nichts über Auschwitz, um kein Antisemit zu sein. Die Verfolgung und Ermordung von Menschen, die einem unsympathisch, fremd oder sonst wie hassenswert vorkommen, verbietet sich auch für jene, die nichts von dieser Geschichte wissen. Es reicht schon der ganz normale bürgerliche Anstand, die ganz normale christliche oder humanistische Moral, um eben solches nicht zu tun.

Hier liegt - paradoxerweise - die wichtigste Lehre, die wir aus der Geschichte ziehen können. Die Lehre aus dem 30. Januar 1933 ist der Aufbau einer liberalen, gerechten und demokratischen Ordnung.